

# uniko-Appell zur Aufnahme von Geflüchteten aus Moria

15. Oktober 2020

Die österreichischen Universitäten erklären sich humanitären Grundprinzipien verpflichtet. Im Sinne ihres gesetzlichen Auftrags gemäß § 1 UG 2002 haben sie zur Bewältigung der Herausforderungen in einer sich wandelnden humanen Gesellschaft beizutragen und in ihren universitätspolitischen Zielsetzungen spielen Internationalität und Nachhaltigkeit eine wesentliche Rolle. Diesen Werten folgend hat die Universitätenkonferenz schon im Jahr 2015 die MORE-Initiative ([www.more-uni.at](http://www.more-uni.at)) für Geflüchtete ins Leben gerufen und damit klar Stellung bezogen und gehandelt. Die Erfahrungen aus diesem Projekt während der vergangenen fünf Jahre haben gezeigt, dass die bei uns angekommenen Menschen erfolgreich zu Mitgliedern unserer Gesellschaft wurden und neue Lebensperspektiven gefunden haben.

Nun zeigen die Berichte aus Moria, dass sich das Thema Geflüchtete auf dramatische Weise aktualisiert hat. Wir sehen in den griechischen Lagern unhaltbare, menschenunwürdige Zustände und die dort lebenden Menschen akuten gesundheitlichen Gefahren ausgesetzt. Diese Situation widerspricht allen humanitären und ethischen Prinzipien und erfordert unserer Ansicht nach dringend unser solidarisches Handeln.

Im aktuellen Regierungsprogramm wird an vielen Stellen ausdrücklich die Stärkung der Menschenrechte betont. Wir fordern daher die österreichische Bundesregierung mit Nachdruck auf, diesen Grundsätzen zu folgen und Menschen in Lebensgefahr nicht für politische Prozesse zu instrumentalisieren. Die Universitäten treten dafür ein, dass Österreich ein nach innen und außen sichtbares und wirksames Zeichen setzt und - wie mittlerweile die meisten europäischen Länder - Geflüchtete aus Moria aufnimmt, um ihnen menschenwürdige Lebensbedingungen und eine Zukunftsperspektive zu geben.